

Die Weltkriegsgefahr stoppen! Das Völkerrecht wieder in Kraft setzen!

Wir Kommunistinnen und Kommunisten sagen klar und deutlich: Die Rückkehr zu den Prinzipien des Völkerrechts ist eine wesentliche Grundlage für eine zukünftige Friedensordnung in Europa und der Welt.

Dabei vergessen wir nicht: Seit den 90er Jahren höhlt der Imperialismus das Völkerrecht immer weiter aus. Die NATO führte einen völkerrechtswidrigen Krieg gegen Jugoslawien. In unterschiedlichen Konstellationen führten die USA und andere NATO-Länder Kriege in Afghanistan, Syrien, Libyen, an vielen Orten auf der Welt. Der blutige Krieg Saudi-Arabiens im Jemen wird nicht nur geduldet, sondern mit Waffenlieferungen unterstützt. Mit all diesen Kriegen, mit den erbarmungslosen Sanktionen gegen den Iran, Venezuela, Syrien und viele andere Länder, mit der mörderischen Blockade gegen Kuba wurden das Völkerrecht, die UN-Charta ausgehöhlt.

Für die Zukunft der Menschen in der Ukraine und für unsere Zukunft müssen wir dafür kämpfen, dass die Fehler der Vergangenheit nicht wiederholt werden, dass die Konfrontation gestoppt wird und das Völkerrecht wieder in Kraft gesetzt wird.

Momentan passiert das Gegenteil. Der Angriff Russlands auf die Ukraine wird als Vorwand genutzt, um ein nie dagewesenes Kriegs- und Sanktionsprogramm von USA, NATO, EU und Deutschland umzusetzen. Damit dies mit möglichst wenig Widerstand durchgesetzt werden kann, wird es begleitet von insbesondere durch die Medien geschürter Verunglimpfung von allen, die sich differenziert zum Konflikt äußern und von Putin als einem Irren und Alleinverantwortlichem („Diktator“) für diesen Krieg. Es wird gehetzt und Hass auf „die Russen“ geschürt, was sich auch in unserem Land in Ausgrenzung und Gewalt gegen russische Mitbürgerinnen und Mitbürger entlädt. Doch damit nicht genug: Kultur und Geschichte des russischen Volkes werden negiert, mit Bann belegt. Das ist der alte Geist des Herrenmenschen.

Die NATO verstärkt ihre Truppenpräsenz vor den Grenzen Russlands, die USA wollen Hyperschallraketen in Deutschland stationieren, die in wenigen Minuten Moskau erreichen können. Die EU hat ein neues Militärprogramm und neue Eingreiftruppen beschlossen. Deutschland will die Führungsrolle übernehmen. Das Zwei Prozent-Ziel nach NATO-

Kriterien soll jetzt umgesetzt werden: Der Rüstungshaushalt soll auf 80 Milliarden Euro jährlich anwachsen. Zusätzlich soll im Grundgesetz ein 100- Milliarden-Euro-Sondervermögen festgeschrieben werden. Neue Waffensysteme, darunter Atombomber und Drohnen, sollen angeschafft und weitere gemeinsam mit der EU entwickelt werden. Ein solches Kriegs- und Aufrüstungspaket hat die Bundesrepublik noch nie erlebt. Jetzt soll alles weggewischt werden, was dem deutschen Imperialismus noch als Fessel aus der Geschichte auferlegt war.

Dieser Krieg forderte bereits tausende Opfer, Millionen sind auf der Flucht. Infrastruktur, Häuser, Wohnungen sind und werden zerstört, der Krieg bringt unendliches Leid für die Menschen. Die völkerrechtswidrigen Sanktionen in nicht gekanntem Ausmaß treffen nicht nur die arbeitenden Menschen in Russland, sondern auch in Europa. Die Preissteigerungen bei Lebensmitteln und Energie machen einen normalen Lebensstandard für viele unerschwinglich. Sollte es wirklich zu einem Stopp von russischen Gaslieferungen kommen, sind in Deutschland hunderttausende Arbeitsplätze in Gefahr. Schon jetzt sorgen die Sanktionen für Risse in den Lieferketten, für stillstehende Bänder und Kurzarbeit. In einigen afrikanischen Ländern die vom Kapitalismus in eine Abhängigkeit von Lebensmittelimporten gebracht worden sind, droht eine neue Hungersnot.

Gewinner sind insbesondere die Teile des Monopolkapitals, die an Rüstung und Krieg verdienen. Als Gewinner sieht sich auch der Teil des Monopolkapitals, der hofft, dass der Niedergang des Imperialismus durch die Kriegspolitik gestoppt werden kann, indem Russland und China wieder in eine halbkoloniale Lage gedrängt werden.